

Bezugspreis:
Wochenblatt 30.- M., monatlich 1.00.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postbezugs: monatlich 1.00.- M., einjährig 10.- M.
Wochenblattgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Elsassgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 2.- M. für
das übrige Ausland 2.75.- M.
Postbestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Gott und Welt', der Unter-
haltungsbeilage 'Himmelt' und der
Beilage 'Siedlung und Kriegergarten'
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die nächstgrößere Anzeigenzeile
kostet 2.50 M. 'kleine Anzeigen'
das letzte gedruckte Wort 1.50 M. (zu-
lässig zwei gedruckte Worte). Jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.- M. jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 1.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hausgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 6, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 25. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Um die französische Division.

Die Rechtsfrage.

Die deutsche Presse wird hoffentlich nicht in den Fehler
der französischen verfallen, die den neuesten Notenwechsel über
die oberschlesischen Fragen mit großer Aufgereiztheit
behandelt. Aufgereiztheit ist ein Zustand, der einen leicht dazu
verleitet, Dummheiten zu begehen, den Luxus von Dumm-
heiten kann aber, wenn überhaupt einer, sich der Sieger noch
immer eher gestatten als der Besiegte.

Für uns in Deutschland handelt es sich um eine ganz ein-
fache Rechtsfrage. Wir sind laut Friedensvertrag ver-
pflichtet, den Durchmarsch alliierter Truppen nach Oberschlesien
zu erleichtern, wenn er im Auftrag der Alliierten erfolgt; wir
sind dazu nicht verpflichtet, wenn nur bei einer oder der
andern der alliierten Mächte der Wunsch besteht, Truppen ihrer
Nation durch Deutschland nach Oberschlesien zu entsenden. Be-
vor sich die französische Presse in wilden Ausfällen gegen das
„auffällige und unbotmäßige Deutschland“ ergeht, sollte sie
lieber die Frage beantworten, ob diese Feststellung dem In-
halt des Friedensvertrages entspricht oder nicht.

§ 2 des Art. 88 des Vertrages besagt: „Die Zone der
Wohlfahrt wird unverzüglich einem interalliierten Aus-
schuß von vier Mitgliedern unterstellt, die durch die Vereini-
gten Staaten von Amerika, Frankreich, des Britische Reich und
Italien ernannt werden. Die deutsche Regierung verpflichtet
sich, die Beförderung dieser Truppen nach Oberschlesien zu
erleichtern.“ Noch deutlicher sagt Art. 375: „Deutschland hat
den Beförderungsverpflichtungen einer im Namen der alli-
ierten und assoziierten Mächte handelnden
Behörde nachzukommen...“

Deutschland weigert sich keinen Augenblick, seine Vertrags-
pflicht zu erfüllen. Sobald von einer im Namen der
Alliierten handelnden Behörde die Anweisung ergeht,
einen Truppentransport durchzuführen, wird ihr ohne ein
Wort des Widerspruchs oder auch nur der Diskussion nachge-
kommen werden. Mit der Möglichkeit, daß eine solche An-
weisung in kürzester Zeit ergehen wird, rechnet man in
Deutschland. Einstweilen liegt sie aber noch nicht vor, es han-
delt sich vielmehr vorläufig um einen Wunsch der fran-
zösischen Regierung allein, und daß dieser völkerrechtlich
anders zu bewerten ist als eine von der Gesamtheit der Allii-
erten ausgehende Aufforderung, kann niemand bestreiten, der
den Vertrag kennt.

Von den ruhigen Köpfen in Frankreich ist zu erwarten,
daß sie Verständnis dafür haben werden, was die Wahrung
dieser rechtlichen Unterscheidung für Deutschland bedeutet.
Wenn jede der alliierten Mächte das Recht hätte, nach Belieben
Truppen durch deutsches Gebiet zu senden, so bedeutete das
eine wesentliche Einschränkung der deutschen Souveränität
sowie die Über den Vertrag hinaus bis zu ihrer vollstän-
digen Vernichtung. Darum kann Deutschland den Stand-
punkt nicht aufgeben, daß Frankreich, solange es sich nicht auf
die Zustimmung der Alliierten stützt, nicht das Recht hat,
von Deutschland die Erleichterung seiner Transporte zu for-
dern.

Die französische Presse zeigt keine Neigung, sich auf die
Erörterung dieser völkerrechtlichen Frage — die gar keine
Frage ist — einzulassen, sie ist dafür desto deutlicher auf den
Ton gestimmt: „Wir sind die Sieger!“ Man darf
daran erinnern, welchen Eindruck es in der ganzen Welt
machte, als diese Worte während der Friedensverhandlungen
in Brest-Litowsk aus dem Munde eines deutschen Generals
fielen, und wie sich die französische Presse damals über
diesen „Faustschlag von Brest-Litowsk“ entrüstete. Es darf
hinzugefügt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie
damals in der Beurteilung solcher militaristischer Sieges-
aussagen hinter keinem anderen zurückstand. Damals handelte
es sich aber um einen Friedensvertrag, der erst werden
sollte, nicht aber um einen, der schon bestand. Frankreich
würde den Fehler des preussisch-deutschen Militarismus nicht
nur kopieren, sondern ihn noch verschlimmern, wenn es sich
jetzt auf den Standpunkt stellte: „Vertrag hin, Vertrag her.
Wir haben die großen Kanonen, also hat Deutschland zu ge-
hören!“

Deutschland will keinen Konflikt mit
Frankreich, und es ist Torheit zu glauben, es spekuliere
auf die Gegensätze in der Entente. Man braucht uns nicht
erst zu sagen, daß man mit gebrochenen Beinen nicht auf
eis spazieren geht. Deutschland hat sich nicht festgelegt bezüg-
lich seines tatsächlichen Verhaltens für den Fall, daß Frank-
reich die brutalen Drohungen mit einem nackten Rechts-
bruch verwickelt, mit denen die französische Presse bereits
spielt. Ist die Rechtsfrage geklärt, das heißt, gibt Frankreich

zu, daß das, was es von Deutschland fordert, ein Akt nicht der
Pflicht, sondern des freiwilligen Entgegenkommens ist, dann
ist die Basis für eine beruhigte Erörterung der Angelegenheit
gewonnen. Immer dabei vorausgesetzt, daß Frankreich nicht
noch nachträglich die Zustimmung der Alliierten zu dem ge-
planten Transport erhält, der dann, wie schon gesagt, ohne
alle Weiterungen in die Wege zu leiten wäre.

Zwischen Deutschland und Frankreich schweben wichtige
wirtschaftliche Erörterungen, die dem Abschluß nahe sind. Es
liegt nicht im Interesse einer der beiden Staaten, daß diese
Fäden wieder vom Säbel zerschnitten werden. Deutsch-
land ist nicht gesonnen, auch nur um Haaresbreite von dem ein-
geschlagenen Wege abzuweichen, der zu einer Schlichtung noch
vorhandener Gegensätze und zur Beruhigung Europas führen
soll. Aber während es mit eiserner Energie an der Erfüllung
der unermesslichen Verpflichtungen arbeitet, die ihm durch den
Frieden von Versailles und die Annahme des Ultimatum
auferlegt sind, ist abermals die Zweifelsfrage entstanden, ob
Frankreich seinerseits gewillt ist, nicht nur seine Rechte
aus dem Vertrag in Anspruch zu nehmen, sondern auch die
bescheidenen Verpflichtungen, die ihm durch den Vertrag auf-
erlegt sind, zu erfüllen.

Zu diesen Verpflichtungen Frankreichs gehört es, die Zu-
stimmung seiner Verbündeten einzuholen, wenn es von
Deutschland die Erleichterung eines französischen Truppen-
transportes nach Oberschlesien als Pflichtakt fordert. Die
deutsche Regierung ist dem deutschen Volke gegenüber nicht
berechtigt, freiwillig auf den geringen Rest von Rechten zu
verzichten, den ihr der Vertrag von Versailles besetzt.

Möge also Frankreich den Vertrag von Versailles durch-
halten. Das leichte Geräusch, das dabei entsteht, wird der
Welt angenehmer in die Ohren klingen als das forporalmäßige
Geschimpfe der Boulevardpresse und das Rauseln des Säbels.

Paris, 23. Juli. (Havas.) Der britische Geschäfts-
träger Sir Milne Cheetham hatte heute nachmittag mit dem
Generalsekretär des Ministeriums des Aeußeren Philippe Ber-
thelot eine Besprechung über den zur Regelung der oberschlesischen
Frage einschlagenden Geschäftsgang. Sir Milne Cheetham legte
abermals die von Lord Curzon am letzten Donnerstag gegenüber
dem Grafen de St. Aulaire vorgebrachten Argumente dar. Berthelot
erklärte, er sei beauftragt, auf der unverzüglichen Absen-
dung von Verstärkungen zu bestehen.

Paris, 23. Juli. (WTB.) Die 'Petit Parisien' mitteilt, hat
die französische Regierung dem französischen Botschafter in London
neue Instruktionen erteilt. Im Laufe des Sonntags hat General-
sekretär Philippe Berthelot zweimal den Besuch des englischen
Geschäftsträgers Cheetham empfangen. Das Blatt glaubt, daß über
die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen ge-
sprochen wurde, da die Frage durch die deutsche Note eine
neue Wendung genommen habe. Der französische Botschafter
in London habe jedenfalls nochmals darauf gedrungen, die englische
Regierung möge ihre Zustimmung zur Entsendung von Truppenver-
stärkungen geben, damit der deutschen Regierung bewiesen werde,
daß entgegen dem, was sie zu glauben scheine, die Alliierten immer
noch vereint seien. Es sei auch zweifellos, daß im Laufe der Unter-
redungen zwischen dem englischen Geschäftsträger und Philippe
Berthelot der Versuch gemacht worden sei, durch gegenseitige
Konzessionen eine Grundlage der Verständigung zu suchen.
Werde England die sofortige Entsendung französischer Verstärkungen
annehmen, wenn Frankreich ein Verlangen nach sofortiger Einbe-
rufung des Sachverständigenausschusses aufgabe und der Zusammen-
berufung des Obersten Rates für den 4. oder 5. August zustimme?

Die englische Besart.

London, 23. Juli. (WTB.) Der diplomatische Korrespondent
des 'Daily Telegraph' schreibt: Der französische Botschafter hatte
mit Lord Curzon Sonntag nachmittag eine ungewöhnlich lange Be-
sprechung. Er erneuerte Briands Ersuchen um Ernennung britischer
Mitglieder für den Sachverständigenausschuss und die Entsen-
dung britischer Truppen nach Oberschlesien. Französische
Truppen würden auf jeden Fall abgehen.

Lord Curzon wies darauf hin, daß keine Truppen abgehen
sollten, bevor der Oberste Rat dieses Verfahren gebilligt habe. Er
drängte nochmals auf Zusammentritt des Obersten
Rates Anfang August. Trotz des Bestrebens beider Regierungen,
einen höflichen und freundschaftlichen Gedankenaustausch zu unter-
halten, blieben die grundsätzlichen Meinungsverschie-
denheiten unverändert.

Der diplomatische Korrespondent fährt fort: Die Verfassung,
aus den Meinungsverschiedenheiten Frankreichs mit seinen Alliierten
Kapital zu schlagen, sei natürlich für einen deutschen Diplomaten wie
Dr. Rosen, der in den Traditionen der alten Wilhelmstraße zu
hause ist, unumkehrbar. Sein Argument sei dem juristischen
Standpunkt aus sich haltig, ebenso mag seine Ansicht, daß
der Stand der Dinge in Oberschlesien nicht so verzweifelt ist, wie es

von französischer Seite geschildert wird, in London und Rom
Zustimmung finden. Aber obgleich Dr. Rosens Stellung ziem-
lich stark ist, folgt noch nicht daraus, daß seine indirekte Heraus-
forderung an Frankreich zweckmäßig ist. Aber vielleicht ist Dr.
Rosens Aktion tatsächlich von dem Wunsche befeuert, eine Krise
zwischen London und Paris zu überflügeln. Wenn das der Fall
ist, dann ist sie ebenso töricht wie arglistig.

London, 23. Juli. (WTB.) Ein diplomatischer Korrespondent
der 'Sunday Times' schreibt: Die Haltung der französi-
schen Besatzungstruppen in Oberschlesien sei durchaus
provokierend. Die Entsendung weiterer Truppen werde die
Sache verschlimmern und Polen zu einer Haltung ermutigen, die
zum Ausbruch führen könne. Neue Unruhen in Ober-
schlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen
Regierung herbeiführen; ein Ereignis, das bei der gegenwärtigen
Lage katastrophale Folgen haben würde.

Wenn Truppen gefandt werden sollen, dann müssen es ebenso
englische wie französische sein, aber englische Truppen würden nicht
kassandriert werden, bevor der Oberste Rat zusammengetreten sei.

Ein neuer Vorschlag?

Paris, 23. Juli. (WTB.) Nach 'Petit Parisien' soll gestern
vormittag am Quai d'Orsay eine englisch-italienische Mit-
teilung aus Opatowitz eingetroffen sein, die sicher den Gegenstand
neuer Verhandlungen zwischen London und Paris bilden werde.
Es handele sich um einen übrigens vor einiger Zeit schon gemachten
Vorschlag von Sir Harold Stuart und dem italienischen Vertreter.
Der Vorschlag gehe dahin, vor jeder Entscheidung des Obersten Rates
über die oberschlesische Frage den Deutschen und den Polen die
Bezirke zu übertragen, die unter allen Umständen
Deutschland resp. Polen zugebilligt werden.

Den Polen die Bezirke Plesch und Rybnik, den
Deutschen die nördlichen und östlichen Bezirke des Abstammungs-
gebietes, Rönberg, Oppeln, Kreuzburg und Leobschütz. Die eng-
lischen und die italienischen Vertreter sehen in dieser Methode ein
Mittel, die interalliierten Truppen im streitigen In-
dustriegebiet zu konzentrieren, wodurch die Entsendung von
Verstärkungen auf ein Minimum herabgedrückt werden könne.

London, 23. Juli. Der Parlamentskorrespondent des 'Daily
Express' will erfahren haben, daß eine neue Mitteilung der
britischen Regierung an Frankreich bezüglich Oberschlesiens unter-
wegs ist. Die englische Regierung bleibe bei ihrem ursprünglichen
Standpunkt. Großbritannien werde vorschlagen, in der nächsten
Woche eine Zusammenkunft des Obersten Rates abzuhalten. Lloyd
George sei bereit, nach Paris zu gehen. Die englische Regierung
sei der Ansicht, daß Briand die Gefahr in Oberschlesien überschätze.
Beseht aber, die französischen Besorgnisse wären begründet, so ist
die englische Regierung dafür, daß die Gefahr am besten durch eine
gemeinsame Aktion durch den Obersten Rat beseitigt werden
würde.

Rom, 23. Juli. (Stefani.) Der Minister des Aeußeren Mar-
quis della Torretta hatte eine Unterredung mit dem General
de Marinis, dem italienischen Kommissar für Oberschlesien.

Die französische Presse.

Paris, 24. Juli. (WTB.) Der 'Temps' bespricht in seinem
heutigen Leitartikel die Verhandlungen, die in der letzten Woche so-
wohl mit der englischen als auch mit der deutschen Regierung in der
oberschlesischen Frage gepflogen wurden. England und Deutsch-
land widerstehen sich der französischen These und hätten fast zur
gleichen Stunde Erklärungen abgegeben, die den gleichen Sinn
hätten. Man habe unrecht zu erklären, daß man zur gleichen Lage
wie im April 1920 während der Besetzung von Frankfurt a. M. zu-
rückgekehrt sei. England und in seinem Gefolge Deutschland er-
klären, um Truppenverstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden,
sei ein vorheriges Einverständnis nötig. Das Blatt hält dem ent-
gegen, daß England nach Konstantinopel und in die Meer-
engen Beratungen mit den Alliierten erfolgt sei. Rein, England übe
das unantastbare Recht aus, das jede Regierung besitze, Maßnahmen
gegen eine Erhebung zu treffen. Deutschland erkläre, daß der Selbst-
schutz von Oberschlesien in einem Bezirk operiere, der seiner Verwal-
tung entzogen sei. Die deutsche Regierung habe aber am gleichen
Tage dem französischen Botschafter erklärt, sie weigere sich, eine fran-
zösische Verstärkungsdivision zu transportieren. Sie verzögere
also, oder verhindere eine Maßnahme, die dazu bestimmt sei,
die französischen Truppen in Oberschlesien zu sichern. Sie versperrt
also den Sendarmen den Weg.

Das Deutsche Reich sei also von heute ab für alles das verant-
wortlich, was den französischen Soldaten in Oberschlesien zu-
stoßen könne.

'Petit Journal' wendet sich sehr scharf gegen die deutsche
Antwort. Es nennt sie eine Note, die den schlechten Willen bekunde
und durch den unversöhnlichen Ton an die schlimmsten Erklä-
rungen Bethmann-Hollwegs und v. Kuhlmanns erinnere. Man spe-
kuliere in Berlin auf einen Konflikt zwischen London und Paris. Das
sei ein psychologischer Irrtum, der der deutschen Tradition entspreche,
aber den Deutschland vielleicht teuer bezahlen könne. Frankreich
werde sich nicht durch die schuldige und besiegte Nation kope-
lassen.



## Hilfe für Rußland.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf der KPD-Zentrale zu einer Hilfsaktion für Sowjetrußland. Es wird darin gesagt:

Wo Millionen Menschen unschuldig leiden und darben unter den Raunen der Natur und den Gefahren einer tödlichen tobdringenden Seuche, kann und darf es unter euch keine politischen Unterschiede geben. Da gilt es zu helfen mit allen Kräften und mit allen Mitteln. Da heißt es, helfend einzugreifen, wo und wann immer geholfen werden kann.

Der Aufruf klingt in die Worte aus:

Konzentriert eure Hilfsaktion auf folgende nächstliegende Ziele: Sammlungen von Geld, Getreide und Medikamenten für die betroffenen russischen Arbeiter und Bauern!

Unterbringung der gefährdeten russischen Kinder in proletarische Familien!

Erwirkung langfristiger Handelskredite für Sowjetrußland!

Einräumung der Inlandspreise für die Ausfuhr nach Rußland!

Es lebe die internationale Solidarität aller Schaffenden!

Es lebe Sowjetrußland, der Staat der Arbeiter und Bauern!

Schließlich wird mitgeteilt, daß sich die KPD-Zentrale an die beiden sozialdemokratischen Parteien und an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mit der Aufforderung gewandt hat, eine gemeinsame Hilfsaktion der deutschen Arbeiterklasse ins Leben zu rufen.

Es scheint uns widerspruchsvoll, daß die KPD-Zentrale in dem Augenblick, in dem sie selbst die Zurückstellung aller politischen Unterschiede als notwendig erkennt, mit einem Aufruf auf Sowjetrußland schließt. Viele Leute werden finden, der Zeitpunkt für eine solche Verherrlichung sei schlecht gewählt, da die notwendig gewordene Hilfe nicht gerade für die Verherrlichung des Sowjetismus spricht. Viele Leute, die für die hungernden Opfer dieses Systems ein offenes Herz und eine offene Hand haben, werden wenig geneigt sein, diesem System selbst ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Ebenso widerspruchsvoll ist es, daß die KPD-Zentrale mit den sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften über eine gemeinsame Hilfsaktion verhandeln will, zuvor aber schon in ihrem Aufruf die Richtlinien dieser Aktion, über die doch noch gesprochen werden müßte, diktatorisch festlegt. Die angerufenen Fraktionen werden sich mit der Sache jedenfalls noch beschäftigen und sich dabei von dem Bestreben leiten lassen, die Hilfsaktion so unpolitisch und so wirksam wie möglich zu gestalten.

## Gerhart Hauptmanns Antwort an Gorki.

Gerhart Hauptmanns telegraphische Antwort an Maxim Gorki wird jetzt bekanntgegeben. Nach ausführlichen poetisch-philosophischen Darlegungen sagt sie am Schluß:

„Die ganze zivilisierte Welt hat Ihren erschütternden Ruf nicht nur mit den Ohren, sondern mit dem Herzen gehört; sie wird ihn nicht ohne Antwort lassen. Je mehr sie zu tun imstande ist, je besser es ihr gelingt, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sich die Menschheit entsühnen. Was aber das deutsche, schwergeprüfte, doch allzeit hilfsbereite Volk betrifft, so ist es schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erregt und bewegt, und ich darf getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung in dem innigen Wunsch einig sind, nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.“

Gerhart Hauptmann.

## Hoover an Gorki.

Washington, 24. Juli. (W.B.) Auf den kürzlichen Aufruf Maxim Gorkis zur Hilfeleistung für die hungerleidenden Millionen in Rußland hat Hoover Gorki telegraphiert, die unerlässliche Vorbedingung für jeglichen Beistand sei die sofortige Freilassung der noch in Rußland gefangenen gehaltenen Amerikaner.

## Glück.

Von Hans Reimann.

Zufriedenheit ist das Glück. Wunschlosigkeit ist die Zufriedenheit. Glück hat, wer keine Wünsche hegt. Wer keine Wünsche hegt, erlebt keine Enttäuschungen. Alles Wünschen ist egoistisches Hoffen. Alles Reden darüber ist banal.

Was ist Glück?

Glück ist die Kunst, kein Pech zu haben.

Pech ist das Betrogenwerden und weiter nichts. Pech existiert nicht, wenn man sich nicht betrogen läßt. Man komme dem Schicksal zuvor, — dann wittert das Schicksal, daß nichts zu betrogen ist, und gibt kein bel.

Es beglückt jedoch nur den, der nichts wünscht, nichts hofft und keine Ansprüche stellt. Der Anspruchslose wird glücklich. Der Glückliche ist anspruchslos. Je anspruchsloser, um so glücklicher.

Du planst für den ersten Sonntag im Mai einen Ausflug weit über Land.

Du freust dich die ganze Woche darauf.

Schon am Freitag rüffelst du dich und läufst dich mit Vorfreude.

Du kannst den Sonntag nicht erwarten.

Margarete hat ein neues Kleid. Du hast es ihr geschenkt.

Margarete hat am Sonntag frei. Du hast sie wochenlang nicht gesehen.

Ihr seid glücklich im voraus. Ihr Loren.

Am Sonntag regnet es. Es muß! Der Ausflug unterbleibt. Und, was das Ärgste ist, Margarete ist schlecht gelaunt und du hast ein unerquidliches Szenenchen mit ihr.

Du schimpfst auf Gott und die Welt. Schimpfe auf dich selbst! Denn wärest du felsenfest davon überzeugt gewesen, daß es am Sonntag regnen würde, so hättest du das allerprächtigste Wetter gehabt.

Wer annimmt, daß es ihm in die Quere geht, dem schlägt's zum Besten aus.

Reine dich zu der Einsicht durch, daß die programmwidrig verregneten Sonntage die gemüthlichsten sind, dann lächelst dir das Wetter wann auch immer.

Rechne stets auf schlechtes Wetter, wenn du etwas vor hast. Und so halte es in allen Dingen.

Es lebt sich angenehm, wenn das Böse, mit dem man gerechnet hat, nicht gar so böß daherkommt. Glück ist, wer an kein Glück glaubt. Nur die Dummen haben Pech.

Es liegt in deiner Hand, Pech zu vermeiden. Nicht liegt es in deiner Hand, Glück zu haben.

Aber schon das Vermeiden des Pechs und das Vermindern des Reinen Pechs zum ansehnlichen Glück kräftigt.

Befehde dich und sei zufrieden. Dem Bescheidenen laßt das Glück.

## Den Reichsverderbern ins Stammbuch.

Der „Dolch von hinten“ hat neuerdings durch die Veröffentlichungen des vormaligen bayerischen Kronprinzen weiter erheblich an Wert eingebüßt. Tatsachen lassen sich eben auf die Dauer nicht totreden oder weglügen. Aus diesen Gründen predigt man jetzt mehr den Gedanken, daß in Deutschland überhaupt niemand den Krieg gewollt habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Zu welchem Zwecke hätte man ihn eigentlich wollen sollen? Nun, gerade die von ihren Freunden auf Vorrat gebildeten Kriegsziele sind Beweis dafür, daß bestimmte Kreise in Deutschland ebenso wie in Frankreich, England und Rußland, etwas „gewollt“ haben.

Erinnern wir uns:

Der sächsische Finanzminister von Seydewitz verlangte noch 1917, daß die Entente eine gründliche Kriegsschädigung zahlen müsse, über die Zahlungsmöglichkeit brauche man sich keine Sorgen zu machen, man solle dabei nur an Amerika denken.

Die berühmte Lehmann-Broschüre „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden“ verlangte eine Kriegsschädigung von 200 Milliarden für uns und dazu 150 für die Bundesgenossen.

Wilhelm II. errechnete einmal 280 Milliarden Goldmark Kriegsschädigung.

Der Graf von Roon, Mitglied des Herrenhauses, forderte 1918 (!) in einem Kriegszielprogramm Erstattung der sämtlichen Kriegskosten durch die Alliierten, dazu Belgien, die französische Küste bis Calais, sämtliche englischen Flotten- und Kohlenstationen der Welt, das französische Erzgebiet, die französischen Besitzungen und Befehung des bisher eroberten Gebietes bis zur restlosen Erfüllung des Friedensvertrages!

Die „Deutsche Tageszeitung“ und ihre alldeutschen Freunde verlangten — Freiherr von Wangenheim sprach es aus — „der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegsschädigung schließt, muß als Landesverräter erschossen werden!“

Der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Claf, nannte Landraub und Kriegsschädigung nicht „Wiedergutmachung“, sondern Strafe. Jetzt sei die Gelegenheit da, um unsere Zukunft fester zu begründen, als unsere kühnste Einbildungskraft hat ahnen können. In diesem Sinne ist die Vielheit unserer Feinde unser Vorteil! An Kolonien wollte Claf haben: Den belgischen Kongostaat, Marokko, die portugiesischen Besitzungen, Britisch-Südafrika, Ägypten und Cyprien.

Die wahnsinnige Denkschrift der Eisen- und Stahlgewaltigen verlangte das französische Erzgebiet.

Herr Stinnes wollte die ganze Campine, das im Hinterland von Antwerpen liegende, noch nicht voll erschlossene Kohlengebiet, für sich zur Ausbeutung.

Die sechs Wirtschaftverbände — darunter der Bund der Landwirte — wollten Belgien, halb Frankreich, halb Rußland, kurz die halbe Welt, insgesamt 190 000 Quadratkilometer mit 16 Millionen Menschen rauben. Die Annetierten sollten im Deutschen Reich keine politischen Rechte erhalten, sie sollten auch wirtschaftlich enteignet werden.

Der Professor Otto von Gierke — auch ein Freund der „Deutschen Tageszeitung“ — nannte dieser Eroberungen „ein Gottesurteil!“ Und Hefferich meinte, „das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient, sie mögen es durch die Jahre schleppen.“

Wir könnten noch hunderttausend Zeugnisse für den nationalsozialistischen Wahnsinn anführen, der Deutschland ins Unglück gebracht hat. Jetzt, da das Deutsche Reich im Elend sich abquält, da die wildgewordenen Chauvinisten in den Ländern der Entente, im besonderen in Frankreich gesiegt haben, da wir „das Bleigewicht der Milliarden nachschleppen“, da magt es die „Deutsche Tageszeitung“, davon zu schreiben, daß wir und ihre Freunde und Vaterlandsverderber „gar nichts gewollt“ hätten!

Standarten in den Potsdamer Freilichtspielen. In unserem Bericht über die erste Aufführung der „Hermannschlacht“ in den Potsdamer Freilichtspielen wiesen wir darauf hin, daß der dort beliebte herausfordernde Vortrag von Reiterhymnen und anderen reaktionären Programmnummern sehr leicht zu Gegendemonstrationen von seiten des andersgeleiteten Publikums führen könne.

Und so ist es denn auch bereits geschehen. Am gestrigen Sonntag stimmte am Schluß der Vorstellung ein Teil der nationalsozialistischen Besucher „Deutschland, Deutschland über alles“ an, und ein anderer Teil des Publikums, der gekommen war, um Kleists Drama zu sehen, nicht aber um an einem reaktionären Redausflug teilzunehmen, lehnte nicht nur durch ostentatives Eigenbleiben die Mitwirkung ab, sondern gab seiner Meinung auch sonst deutlichen Ausdruck.

Es kam zu den bekannten „unliebsamen Zwischenfällen“ und die Polizei mußte eingreifen. Am Sonnabend sollen sich übrigens schon ähnliche Szenen ereignet haben.

Wenn irgendwo im republikanischen Deutschland Dramen mit extrem republikanischer Tendenz aufgeführt werden und der monarchistische Böbel inszeniert systematische Theaterstände. So plant die Sicherheitsbehörde die Aufführung der Stücke zu verbieten. Wir verwerfen grundsätzlich jede derartige obrigkeitliche Bevormundung, aber wir sind doch neugierig, wie sich die Potsdamer Polizei in diesem Falle benehmen wird.

„Die Dielenherz“. Bei einer modernen Operette muß man sich stets mit einer reichlichen Quantität von Konventionellem im voraus abfinden, wenn aber schon der Theaterzeitel eine „Operetten-Burleske“ verkündet, dann soll man schon vor Betreten des Saales auf etwas „Janz Dolles“ gefaßt sein. Wer mit solchen Erwartungen das Theater in der Kommandantenstraße (Westspieltheater) Ernst-Fehl zur Aufführung der „Dielenherz“ von Oscar Felix, Musik von Rudolf Weeger betrat, der dürfte allerdings auf seine Kosten gekommen sein. Etwas für die Hundstage. Das Lachen hörte nicht auf, namentlich während des zweiten Aktes. (Der dritte und letzte war dagegen recht schwach und vermochte nicht, die bereits allzu verweidhener Baumstämme in voller Tätigkeit zu erhalten.) Die Musik ist ganz flott, im Ganzen aber nur bescheidenen Ansprüchen genügend. Die Befehung recht gut, jeder gab sein Bestes her, was bei der Schwüle besonders anerkennenswert ist und vom Publikum mit reichlichem Beifall belohnt wurde; die Tänze maßig. Alles in allem aber ein sehr vergnügter Abend, und das war, nach der Stimmung des Publikums zu urteilen, wohl die Hauptsache. Wie gesagt, das richtige Stück für die Hundstage. —

Karibu-Braten. Der Polarreisende Stefansson ist zu einer neuen Expedition in die arktischen Gebiete Kanadas aufgedrungen, und zwar hat seine Reise nicht nur wissenschaftliche, sondern auch praktische Zwecke. Er will dem heute überall vorhandenen Fleischmangel dadurch abhelfen, daß er die gewaltigen Herden der Rentiere und Moschusochsen im Norden Kanadas zu haustieren macht und damit eine unerschöpfliche Quelle eßbaren Fleisches der Menschheit erschließt.

Da nordamerikanische Rentier, das Karibu, ist schon in Lappland und Alaska mit Ruhen als Haustier gezüchtet worden. Stefanssons Plan geht nun dahin, einige der Karibu-herden von Alaska nach Kanada zu bringen und sie zum Stamm für die Züch-

## Ein politischer Raub?

In Berlin haben sich nach dem Kriege die verschiedensten Interessenvertretungen ausländischer politischer Kräfte festgesetzt. Im besonderen Rußland ist in seinen mannigfaltigen Richtungen legal oder illegal in Deutschland erkennbar geworden. Die nationalen Gegensätze jener Länder prallten bei uns verschiedentlich zusammen. Es sei nur an den Nord-Lalaat Paschas erinnert. Jetzt erfährt die Öffentlichkeit von einer anders gearteten Auseinandersetzung, die einen politischen Hintergrund zu haben scheint.

In Charlottenburg wohnt der ehemalige russische Oberst Freyberg. Ihm sind aus seiner Wohnung, in der nur seine Frau anwesend war, am Sonnabend durch eine vorgeführte Hausdurchsuchung der Berliner Polizei drei Koffer mit Aktienstücken geraubt worden.

Trotz der eifrigen Nachforschungen der Polizei ist es noch nicht gelungen, die Täter zu ermitteln und den Verbleib der geraubten Schriftstücke festzustellen. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeischaffung der geraubten Aktien wird eine

Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt.

Eine diesbezügliche amtliche Bekanntmachung wird noch heute an den Botschaftern angeschlagen werden. Dringend ersucht werden die Chauffeure, sich unverzüglich bei der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß es sich um Kradfahraden handelt, die die Täter zur Fahrt nach der Gerdinstraße 19 und von dort zur Fortschaffung der drei Koffer mit den wichtigen Papieren benutzten haben. Nach Ansicht des Obersten Freyberg befinden sich die Schriftstücke schon an einer Stelle, an der sie vor dem Zugriff der deutschen Polizei sicher sind. Er ist der Überzeugung, daß es sich um Beauftragte der russischen Sowjetregierung handelt, die den Raub ausgeführt haben. Dessen bliesige Vertretung habe auch seine Ausweisung beantragt. Die geraubten Schriftstücke geben wichtige Aufschlüsse über die wehrlose Armee und insbesondere auch über die Ermordung des Zaren. Nach Befehung des Obersten Freyberg hätte nur die Sowjetregierung ein Interesse daran, sich in den Besitz dieser Schriftstücke zu setzen.

## Bonomis Vertrauensfrage.

Rom, 23. Juli. (Stefani.) In der Kammer erklärte Bonomi bezüglich der Zwischenfälle zwischen Faschisten und Kommunisten, daß die Regierung fest entschlossen sei, die Freiheit aller Parteien zu sichern und dem Gesetz Gehorsam zu verschaffen und stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer nahm in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 136 Stimmen eine Tagesordnung an, die der Regierung Vertrauen ausdrückt. Gegen die Tagesordnung stimmten nur die Sozialisten, Faschisten, Kommunisten sowie einzelne Republikaner.

## Das dänische Parteijubiläum.

Kopenhagen, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ganz Kopenhagen stand heute nachmittag unter dem gewaltigen Eindruck der Massen demonstration aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der dänischen sozialdemokratischen Partei. Über 100 000 Menschen mit zahlreichen Musikkapellen, Fahnen, Schildern und allem sonstigen Zubehör einer modernen Arbeiterkundgebung nahmen an der Demonstration teil. Von fünf Tribünen sprachen dänische und ausländische Genossen aus allen Parteien der zweiten Internationalen, darunter auch Otto Weis-Deuschland, der herzlich begrüßt wurde. Besonderes Aufsehen machte die Rede des belgischen Genossen De Brauckere, der betonte, daß die deutschen und belgischen Arbeiter das gleiche Interesse haben, den Militarismus zu bekämpfen. Alles komme darauf an, daß die deutsche Republik erhalten und im demokratischen und sozialistischen Sinne weiter entwickelt werde. Die Rede des georgischen Genossen Tschaidze gab Anlaß zu einer großen Rundgebung der Sympathie für das vom Moskauer Imperialismus unterdrückte sozialistische Georgien.

Abkräftung! „Daily Mail“ meldet, das Kabinett habe sich für den Bau von Großlampenschiffen und für die Fortsetzung des Flottenbauprogramms in dieser Beziehung ausgesprochen. Im Laufe der nächsten Jahre würden durchschnittlich 3—4 Großlampenschiffe gebaut werden.

Die wilde kanadische Karibus zu machen, die in einer Anzahl von etwa 20 Millionen das kanadische Gebiet durchwandern und von denen die Wölfe etwa 10 Proz. auffressen. Große Schlächtereien sollen bei Fort Nelson an der Hudson-Bai eingerichtet werden, um von dort aus die großen Fleischmengen abzutransportieren. Die Hörner und Häute der Tiere haben einen beträchtlichen Wert; am meisten aber verpflichtet man sich von der Verarbeitung des Fleisches zu Konerven, und man hofft, daß dieser von den Kennern als wohlsmekend gepriesene Karibu-Braten in den Küchen der ganzen Welt mit Freude begrüßt werden wird. Stefansson hat eine Gesellschaft zu diesem Zweck mit einem Grundkapital von 100 000 Dollar gegründet.

Die Industrie als Nährmutter der Wissenschaft. Mit dem vor vier Jahren erfolgten Heimgang Emils v. Behring ist auch dessen privates Forschungsinstitut auf dem Warburger Schloßberg verwaist. Um dem Institut die nötigen finanziellen Mittel zu verschaffen, hatte Behring ihm in der Nähe Warburgs eine technische Abteilung angegliedert, die sich so kräftig entwickelte, daß sie unter dem Namen „Behring-Werke“ in eine selbständige Gesellschaft umgewandelt wurde.

Diese Behring-Werke werden jetzt das alte Behring-Institut in Warburg neu organisieren und Professor Paul Uhlenhuth, der aus Straßburg vertriebene Hygieniker, der eine Berufung an die Berliner Universität ausgeschlagen hat, übernimmt die Leitung. Das Institut wird den Roman tragen: „Institut für experimentelle Therapie Emil von Behring“.

Die Bakterien des Papiergeldes. Daß das Geld einen der gefährlichsten Bazillenträger bildet, ist seit langem bekannt und durch viele Untersuchungen in einzelnen nachgewiesen. Mit der zunehmenden Verbreitung des Papiergeldes hat sich dieses Uebel natürlich nicht verringert.

So hat eine vor kurzem in Italien vorgenommene Untersuchung ergeben, daß sich auf einem Ein- oder Zwei-Euro-Schein im Durchschnitt 100 Millionen Bakterien befinden. Diese Zahl stieg in einzelnen Fällen bis auf 150 Millionen. Außer Bazillen gemöhnlicher, harmloser Art fand man die verschiedensten Krankheitskeime, besonders Eitererreger aller Art.

Ein absolut sicheres Vorbeugungsmittel kann gegen die Wirkungen dieser Krankheitserreger im alltäglichen Leben natürlich nicht angewandt werden. Immerhin empfiehlt es sich für jeden, der viel mit Papiergeld zu tun hat, sich mindestens vor jeder Mahlzeit die Hände gründlich mit Seife zu waschen.

Spielplandänderung. Im Sakalla-Theater gelangt am Sonnabend die Operettenposse „Die Königin der Luft“ zur Aufführung, während am Freitag die letzte Vorstellung der „Scheidungsreise“ stattfindet.

Die Nationalgalerie hat von Otto Müller das Gemälde „Zwei Lägerinnen“, zwei Akte auf gleichem Grund, erworben.

Die Kirche Santa Maria Formosa in Venedig, die am 9. August 1916 von einer österreichischen Fliegerbombe getroffen und schwer beschädigt wurde, ist jetzt wiederhergestellt. Den Kunstfreunden ist sie insbesondere wegen des hier bewahrten berühmten Barbara-Bildes von Palma Vecchio bekannt.



## Wer weiß etwas?

Die im Dienste der Schwerindustrie stehende Telegraphenunion verbreitet eine höchst konfuse Meldung, wonach Vorbereitungen zu einem neuen Linksputz festgestellt und mehrere Personen dieserhalb in Düsseldorf, Köln, Breslau und Breg verhaftet worden seien. Der Anführer dieser Bewegung soll nach den Befundungen eines Düsseldorf-Kommunisten, der in Breslau verhaftet worden sei — Frankreich sein! Die Kritikalität der rechtsstehenden Kreise kennt offenbar keine Grenzen mehr. Daß die U. die von ihr verbreitete Meldung selbst mit einem Fragezeichen versehen, ist für sie kein mildernder Umstand. Wir finden es unverantwortlich, daß eine Nachrichtenagentur, die sonst darauf Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, derartige Unnennmärchen kolportiert. Die U. läßt u. E. viel besser, ihre Korrespondenten in Breslau, Breg und anderswo anzuweisen, ihr und der gesamten Öffentlichkeit darüber zu berichten, was in rechtsstehenden Kreisen vorgeht. Die Methode „Haltet den Dieb!“ verfährt nicht mehr, und es ist doch recht eigenartig, daß die U. immer stumm bleibt, wenn sie über Waffenschreibungen der Orgesch und ähnliches berichten müßte.

## Reichsjustizminister über die Lage im Kabinett

Kemmerich, 25. Juli. (U.) Auf einer festlichen Veranstaltung der Deutschdemokratischen Partei am 23. Juli in Kemmerich hielt Reichsjustizminister Dr. Schäffer eine bemerkenswerte Rede über die auswärtige Lage, in der er über die Stellung des Kabinetts Bericht u. a. folgendermaßen äußerte: Die Mächte der Entente müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Aufhebung der Sanktionen und die Zuteilung von Oberschiffen entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Berth mehr bedeutet als ein bloßer Personenwechsel. Wenn dieses Kabinett von der Wucht der Ereignisse hinweggesetzt wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung durchführen kann. Wer soll dann kommen? Ein Kabinett der Rechten? Es wird in kurzer Zeit beseitigt sein. Ein Kabinett der Linken? es würde das selbe Schicksal haben. Die Aufhebung des Reichstages würde eine Erschütterung der Rechts- und Linksparteien sein und eine Zerreißen der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos. Es wäre keine Mehrheit da, die die ruhige Entwicklung und den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau gewährleistet. Darum hängt von dem Schicksal des Kabinetts Berth das Schicksal Deutschlands ab, nicht um der Männer willen, sondern um der Art des Zusammenhanges willen, und es hängt sehr — darüber kann gar kein Zweifel sein — weiter das Schicksal der Welt davon ab.

## Die weiblichen Geschworenen.

Bei den Feinden jeder Gleichberechtigung der Frauen erweckte die mit 31 zu 31 Stimmen gefallene Entscheidung des Reichstages gegen die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt hellen Jubel. Jetzt macht ein Landgerichtsrat im „Tag“ darauf aufmerksam, daß mit diesem Beschluß die Frage noch lange nicht erledigt ist. Er schreibt:

Die Sachlage ist nun die, daß die Reichsregierung gemäß Art. 69 der Reichsverfassung in der Lage ist, gleichwohl die Vorlage bei dem Reichstag einzubringen unter Vorlegung der abweichenden Auffassung des Reichstages. Da die Vorlage auf eine Entschliebung des Reichstages zurückgeht, ist anzunehmen, daß die Reichsregierung diesen Weg einschlagen wird. Es ist nach der bisherigen Stellungnahme der politischen Parteien zu mutmaßen, daß alsdann der Reichstag das Gesetz annehmen wird. Dem Reichstag steht gegen dieses vom Reichstag beschlossene Gesetz gemäß Art. 74 der Reichsverfassung ein Einspruch zu. Wenn sich auch bei der erneuten Vorlage an den Reichstag keine Mehrheit für die Annahme des Gesetzes findet, so wird dieser Einspruch erhoben. Der Einspruch hat die Wirkung, daß das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt werden muß. Kommt hierbei wieder keine Einigung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, besteht also der Reichstag auf der Annahme des Gesetzes, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten einen Volksentscheid anordnen.

Der Landgerichtsrat hofft, daß sich eine Mehrheit gegen die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt ergeben würde. Wir wissen, daß das Urteil anders ausfallen würde.

## Nie wieder Krieg!

In Hamburg beabsichtigen, wie uns gemeldet wird, die im Hamburger Bürgerbund vereinigten Reaktionen aller Schattierungen zum Sonnabend, den 30. Juli, eine deutsch-nationale Flaggenparade, die auf der Alster, inmitten der Stadt, stattfinden soll. Zu dieser Demonstration bietet der Bürgerbund alle erreichbaren Bürgervereine, Klubvereine und politischen Parteien auf, soweit sie sich zu Schwarz-Weiß-Rot bekennen. Den Reaktionen wird auf ihre „patriotische“ Kundgebung zur Verherrlichung des Krieges am Tag darauf eine kräftige Antwort erteilt werden. In sämtlichen Hamburger republikanischen Zeitungen wird eine gewaltige Kundgebung für den Weltfrieden zum Sonntag, den 31. Juli, angekündigt.

An der großen Friedensdemonstration am 31. Juli nehmen in Hamburg, wie die B.Z. melden, die nachstehenden Verbände teil: SPD., Fraktion der U.S.P., Deutsch-Deutsche Partei, A.S.A., A.D.W., Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale Frauenliga, Arbeiterjugend Groß-Hamburg, Sozial. Studentengruppe, Bund freigeistiger Studenten, Reichsbund der Kriegesbeschädigten und als Initiativorganisation der Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Das Meeting geht gleichfalls unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ vor sich und ist in den Referaten gehalten als „Weltfriedensdemonstration“, verbunden mit einem Bekenntnis zur republikanischen Staatsform.

In den übrigen großen Städten sind bekanntlich die Vorbereitungen für den 31. Juli in ähnlicher Weise getroffen.

Von englischen Absichten auf Helgoland berichtete vor einigen Tagen unter großer Aufmachung ein Teil der Presse. Daily Chronicle erklärt hierzu, daß in amtlichen englischen Kreisen von einem angeblichen Memorandum der britischen Admiralität, betreffend Helgoland, nichts bekannt ist.

Die kommunistische Injossanien. Slovanski Narod meldet aus Belgrad, daß Justizminister werde im Ministerrat vorschlagen, die kommunistischen Abgeordneten den Gerichten auszuliefern, weil sie ihre Immunität zur Aufregung und Organisierung von terroristischen Vereinigungen mißbraucht hätten.

Der griechische Vormarsch. Dem Bericht des Pressebureaus ist zu entnehmen: Die Griechen setzten die Befreiung der Türkei während des ganzen 22. Juli fort bis 45 Kilometer östlich von Eskishehir. König Konstantin ist in Kutahia angekommen. Die griechischen Truppen stehen jenseits Eskishehir und Kutahia mit gesicherten Verbindungslinien. Von der Südfront wird gemeldet, daß die Griechen Kizilirmak in der Richtung auf die Eisenbahnlinie nach Konia jetzt in der Hand halten.

# Groß-Berlin

## Die Berliner Notverordnung.

Der Entwurf einer Verordnung zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin ist dem ständigen Ausschuss des Landtags zugangan, der am Mittwoch, den 27. d. M., 11 Uhr vormittags, die Notverordnung folgendes bestimmen:

Wie eine Berliner Korrespondenz zu berichten weiß, wird die Notverordnung folgendes bestimmen:

Die Mitglieder der bisherigen Stadtverordnetenversammlung und der bisherigen Bezirksversammlungen in Berlin, welche diesen Körperschaften bis zur rechtskräftigen Ungültigkeitserklärung ihrer Wahlen angehört haben, sind verpflichtet, die diesen Körperschaften gesetzlich obliegenden regelmäßigen Geschäfte und notwendige Geschäfte anderer Art, die keinen Aufschub dulden, als einstweilige Stadtverordnetenversammlung und als einstweilige Bezirksversammlung fortzuführen, bis die neugewählte Stadtverordnetenversammlung (Bezirksversammlungen) in Tätigkeit treten. Die einstweiligen Versammlungen treten erstmalig auf Einberufung des Oberbürgermeisters oder der Bezirksbürgermeister zusammen und wählen einen neuen Vorstand.

Die Neuwahl der unbesetzten Mitglieder des Magistrats und der Deputationen erfolgt nach dem Zusammenreten der neuen Versammlungen; bis dahin bleiben die alten Inhaber in Tätigkeit.

Die neue Wahlordnung erläßt der Minister. — Ein Abschnitt 6 wird die Bestimmungen über die Wahlproteste regeln.

## Waffenschreibungen nach Fahrland.

Gutsarbeiter der Domäne Fahrland bei Potsdam haben beobachtet, daß Lastautos von Potsdam kamen, die schwer mit Waffen beladen nach dem Gutshof Fahrland hinfuhren. Beim Ausladen der Autos, die von Offizieren in Zivil geführt wurden, wurden sämtliche Hofarbeiter vom Hofe geschickt. Die Waffen sind in einem Versteck untergebracht, das mit Brethern verriegelt wurde. Ein Angehöriger der Kraftfahrabteilung äußerte sich, daß die Sache vorher verständigt werde, Autos mit bestimmten Nummern nicht anzufahren. Der Domänenpächter heißt Wilhelm Koehne.

## „Schmiedekarl“ Ende.

Der Mord in der Pappelallee. — Der Täter ist gefänglich.

Eine schwere Bluttat rief in der Nacht zum gestrigen Sonntag in der Pappelallee große Aufregung hervor. Dort wurde der im Keller des Quergebäudes des Hauses Pappelallee 5 wohnhafte 63 Jahre alte frühere Schmied Karl Stuhle erstochen aufgefunden. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist dessen Schloßbursche, der 64 Jahre alte Schuhmacher Eduard Ring verhaftet worden, der im weiteren Verlauf des Verfahrens die Tat auch eingestand.

Ring hatte am Sonnabend abend in der ersten Stunde der Birn und der Polizei gemeldet, daß er bei seiner Rückkehr den Stuhle erstochen aufgefunden habe. Da seine Angaben, die er über die Auffindung der Leiche machte, nicht ganz glaubwürdig erschienen, wurde er auf der Wache festgehalten. Die Zeugenvernehmungen, die am gestrigen Sonntag vorgenommen wurden, haben den Ring anfangs so schwer belastet, daß dieser vorläufig unter dem dringenden Verdacht, die Bluttat verübt zu haben, festgenommen wurde.

Der Lokaltermin, der gestern früh am Tatort abgehalten wurde, leuchtete in ein ganz eigenartiges Milieu. Stuhle, der früher Schmiedegeselle war, hauste in einem Kellerraum, dessen ganze Einrichtung fast ausschließlich aus Gegenständen bestand, die er bei seiner letzten Tätigkeit als „Naturforscher“ und „Lumpensammler“ erworben hatte. Die Sachen, die Stuhle beim Aufsuchen von Lumpen erhalten und sonst noch für verwertbar gehalten hatte, Kannen, Flaschen usw., hingen an Nägeln oder standen auf Bandbretern. Stuhle, von seiner früheren Tätigkeit der „Schmiedekarl“ genannt, hatte noch einen Schloßburschen, den Schuhmacher Ring. Während dieser eine schmale Bettstelle als Lagerstatt hatte, schlief Stuhle selbst daneben auf einem auf der Erde liegenden Strohsack. Zwischen Stuhle und seinem Schloßburschen war es schon wiederholt zu lauten Auseinandersetzungen gekommen. Gegen 6 Uhr abends war zunächst „Schmiedekarl“ stark angetrunken nach Hause gekommen. Ring, der um 7 Uhr von seiner Arbeitsstelle gekommen war, besuchte erst nach 8 Uhr mehrere Wirtshäuser. Er will, wie er spät nach Hause kam, Stuhle tot aufgefunden und sofort Meldung erstattet haben. Das Verbrechen ist wahrscheinlich um 9 1/2 Uhr verübt worden, da um diese Zeit ein Zeuge gehört hatte, wie Stuhle rief: „Du Hund host mich totgestochen, ich hole die Gräber.“ Um diese Zeit ist, wie der Zeuge und eine Zeugin übereinstimmend bezeugen, Ring auf dem Hofe gesehen worden.

Ein weiteres Verhör, das der Kriminalkommissar Gennat und seine Beamten in schärfster Weise anstellten, veranlaßte den Ring endlich in später Abendstunde zu einem Geständnis. Danach hat sich der Vorfall so abgespielt, wie von den Beamten von vornherein angenommen worden war. Ring war mit Stuhle, wie schon häufiger zuvor, wegen Geldangelegenheiten in einen Streit geraten, in dessen Verlauf Ring zum Messer griff und mehrmals auf Stuhle einstach. Geraubt hat er nach seinen Angaben jedoch nichts. Zur restlosen Aufklärung des Verbrechens findet heute nochmals ein Lokaltermin unter Vorführung des Täters statt.

## Doppelter Mord- und Selbstmordversuch.

Eine aufregende Szene hat sich gestern vormittag in dem Hause Hasenheide 59 abgespielt. Gegen 9 Uhr versuchte dort der 29 Jahre alte Kaufmann Karl Friebe seine Ehefrau Gertrud, geborene Mailänder, und seine Schwiegermutter, Frau Mailänder, geborene Wolf, zu erschließen. Er gab auf beide drei Schüsse ab, von denen zwei sehigingen und der dritte die Schwiegermutter des Friebe schwer verletzte. Dann richtete Friebe die Waffe auf sich selbst und brachte sich einen Kopfschuß bei, der jedoch nicht tödlich war. Um seinem Leben ein Ende zu machen, schnitt er sich die Pulsadern auf, doch führte auch diese Verletzung nicht zum Tode, da auf den Wärm hin gleich Nachbarn zur Stelle waren. Trotz der schweren Verletzungen besteht sowohl für den Täter als auch für Frau Mailänder keine Lebensgefahr.

## Bootsunglück auf dem Wolziger See.

Der Wolziger See ist, ähnlich wie die Müggel, bei hürmlichem Wetter sehr gefährlich. Auch am gestrigen Sonntag forderte er wieder seine Opfer. Infolge hohen Seeganges kenterte ein mit vier Insassen besetztes Ruderboot. Zwei von den Ruderern konnten gerettet werden, die beiden anderen ertranken. Die Leiche eines jungen Mädchens wurde bald nach dem Unglück geborgen.

## Die Stadt Berlin als Motorbootverleiher.

Das Hafen- und Schiffsamt der Stadt Berlin hat beschlossen, daß das vornehm ausgestattete städtische Motorboot mit geschlossener Kajüte für 10 Personen und offenem Raum für 20 Personen zur Ausnutzung in Zukunft an Privatpersonen gegen Entgelt vermietet werden soll. Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, daß das Boot von den Benutzern schonend behandelt wird. Interessenten sollen sich an das zuständige Amt, Stralauer Allee 16, wenden.

## Wasser darf nicht abgesperrt werden.

In der letzten Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß städtische Wasserzählstellen bei Nichtzahlung von Gebühren für entnommenes Wasser, Gas usw. nicht nur den Hausbesitzern mit der Absperrung von Wasser usw. gedroht und dies den Mietern mitgeteilt, sondern auch den Versuch mit den Abperrungen gemacht haben. Die Berliner Amtsgerichte haben Verfügungen gegen den Magistrat erlassen, wonach Wasser nicht abgesperrt werden darf. Das Oberverwaltungsgericht hat ebenfalls in einer Streitsache erkannt, daß solche Abperrungen aus gesundheitlichen und feuergefährlichen Gründen nicht vorgenommen werden dürfen. Zurzeit sind mehr als tausend Hausbesitzer mit ihren Abgaben im Rückstande.

Henny Porten ist adlig geworden! Richtig gehend adlig, nachdem sie im Film Hunderte von adligen Frauen und Fräuleins des Mittelalters und der Neuzeit gespielt und ihre zahlreichen Verehrerinnen immer wieder in Entzücken („Rein, diese Henny“) versetzt hat. Sie hat nunmehr einen Dr. Ritter v. Kaufmann-Wasser geheiratet. Die bürgerliche Braut saß das junge Paar mit all dem Del und Schmalz, das ihr in solchen Fällen immer reichlich zur Verfügung steht.

Die Leiche eines jungen Mädchens wurde am Sonntag von einem Teilnehmer an dem Schwimmen „Quer durch Berlin“ in der Nähe des Friedrich-Wilhelm-Bades aus der Spree mit Hilfe eines Bootsbearbeiters geborgen. Das Mädchen ist 1,70 Meter groß und dunkelblond. Es war bekleidet mit gelber Bluse mit blauer Einfassung und blauem Kragen, schwarzem Tuchrock, weißer Unterwäsche, weißen Strümpfen und schwarzen halben Schnürschuhen. Vermutlich liegt Selbstmord vor, da keine Verletzungen festzustellen waren.

Filmprozeß Piel contra Jacobsohn. In Nr. 167 vom 10. April und Nr. 323 vom 12. Juli hatten wir über den Streitfall des Sensationsdarstellers Harry Piel gegen den Redakteur Egon Jacobsohn berichtet. Letzterer hatte in Nr. 3 bis 6 der „Film-Hölle“ eine Anzahl schwerer Beschuldigungen gegen Piel erhoben. Die erste Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht III Berlin verurteilte Herrn Jacobsohn nunmehr bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung, in seiner Zeitschrift „Die Film-Hölle“ und in anderen Text- und Tageszeitungen nicht mehr zu behaupten, der Antragsteller lasse seine Sensationen stets oder meistens durch andere in seiner Tasche ausführen, insbesondere in bestimmen, in dem Urteil näher erwähnten Filmen, ferner, er habe schon viele Unfälle seiner Angestellten und Mitarbeiter verschuldet, er behandle seine Angestellten regelmäßig schlecht, quäle und verzehe im Interesse seiner Sensationen auch Tiere in roher Weise. Von den Kosten des Rechtsstreites hat der Antragsteller drei Viertel, der Antragsteller ein Viertel zu tragen. Mit der Frage, ob ein Sensationsdarsteller sich in Einzelfällen, die eine ganz besondere artifizische und nur Spezialartisten innewohnende Fähigkeit erfordern, vertreten lassen dürfe, wird sich nach das Kammergericht, welches Piel angerufen hat, beschäftigen.

Warnung. Unter der Vorpiegelung, eine Tochter des Gewerkschaftssekretärs Thöne in Bodum zu sein, reißt eine Schwindlerin zurzeit in der Provinz Brandenburg herum und versucht, unter der Angabe, daß sie in Rot sel, Geldbeiträge zu erhalten. Verschiedentlich ist ihr das auch gelungen. Die Angaben sind aber falsch. Unsere Genossen werden deshalb dringend gewarnt, der Schwindlerin etwas zu geben.

## Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Jeden Abend Opernvorstellungen im Walther-Theater. Eintrittskarten à 7,50 M. Nachmittagsopern im Theater der Freien Volksbühne am Bülowplatz. (Spielplan an den Anschlagtafeln.) Karten à 3 M. im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, Zimmer 12, geöffnet von 9-5 und Donnerstags bis 7 Uhr, und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen. — Die Abonnementkarten und -marken für die Konzerte sind abgeholt. Die Objekte der Bezirksbildungsausschüsse werden abgeben, sofort die Karten für die Nachmittagsvorstellung am Sonntag, den 25. August, im Deutschen Opernhaus abgeholt, da sonst anderweitig darüber verfügt wird. Am Donnerstag, den 15. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Helenenheide 108/114, Aufführung der Oper „Die Walküre“ von Richard Wagner, 1. Teil aus der Trilogie „Der Ring der Nibelungen“, in erster Besetzung des Deutschen Opernhauses unter künstlerischer Leitung des Direktors Herrn Hartmann. Die Nachtrage ist sehr stark; wir bitten die Karten abgeholt. — Am Dienstag, den 26. d. M., abends 5 1/2 Uhr, findet eine Sitzung des erweiterten Bezirksbildungsausschusses im Bureau des B.A., Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, Zimmer 12, statt.

## Das Wetter für morgen.

Grundst. Abentwiegend heiter, am Tage überwiegend warm bei ziemlich lebhaften südlichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Montag, den 25. Juli:

101. Mt. Treptow: Die Funktionärung und der Jahrestag fallen in diesem Monat aus.

125. Mt. Beilngries: Abends 8 Uhr, Sitzung des Abteilungsverbandes, im Lokal „Stärke“, Charlottenburger Str. 3.

Morgen, Dienstag, den 26. Juli.

6. Kreis. (Hollische Lok.): Dienstag, den 26. Juli, pünktlich 6 Uhr, kurze Besprechung des Kreisverbandes und der Abteilungsleiter bei Heinz, Dissenbachstr. 37.

## Sport.

Rennen zu Grunewald, Sonntag, den 24. Juli.

Laland, der auf Grund seines guten Laufens im Großen Preis von Berlin als Favorit für das Engellert-Fürstentum-Rennen startet, konnte dieses Rennen erst nach sehr heißem Kampf gewinnen. Sonst war der Tag an Hebereraktionen reich.

1. Rennen. 1. Lantolung (Zachmeyer), 2. Barmstein (Behr), 3. Conventon (Eberl), 4. Geigerin (Rante). Tot 23:10. Pl. 13, 22, 17:10. Ferner liefen: Celyr, Landratte, With the Wind, Tuja, Vikarna, Dregothan — 2. Rennen. 1. Herrigain (Behr), 2. Walsied (C. Lüneberger), 3. Walsch (Dietrich), 4. Traulich (Tarras). Tot 24:10. Pl. 97, 41, 23:10. Ferner liefen: Anclast, Pavarin, Lebnorff, Elfrhard, Gladius, Grassa, Polca, Polaca, Erplid, Gimpel, Rant, Ranz, Zerg. — 3. Rennen. 1. Heberer (Tarras), 2. Finnländer (Venhs), 3. Mini Hüh (B. Ruhnke). Tot 12:10. Pl. 10, 10:10. Ferner lief: Rallotten. — 4. Rennen. 1. Minerva (Etola), 2. Man II (C. Lüneberger), 3. Ravorta (O. Schmidt), 4. Enoer (Rauenerger). Tot 408:10. Pl. 99, 94, 74:10. Ferner liefen: Guldwind, Hiltger, Bellasine, Tannenfeld, Mausi, Scala, Molbau, Luxona, Ritterpohn, Rafter. — 5. Rennen. 1. Laland (O. Schmidt), 2. Soldau (Danel), 3. Hallenke (Rasper). Tot 19:10. Pl. 11, 14:10. Ferner liefen: Galant, Lurhan. — 6. Rennen. 1. Die Wölfe (Staudinger), 2. Rabenlöwe (Tarras), 3. Elmhärd (Danel). Tot 16:10. Pl. 12, 16:10. Ferner liefen: Dellebarde, Monika, Kreuzerweide. — 7. Rennen. 1. Jomene (Zimmermann), 2. August (Zuguenin), 3. Bra Diavolo (Hellerbrand), 4. Colberg (Staudinger). Tot 76:10. Pl. 29, 27, 40:10. Ferner liefen: Lebenskünstler, Trompeter II, Feuerrot, Eberliche, Ragenhammer, Rosmarin, Ritterheid, Sternbild, Ornament, So, Valente, Diele, Kern.

Diadem, der völlig erblindet ist, trotzdem aber auf der Rennbahn zu Erfolgen kam, wurde am Sonntag auf einen Protest der Besten von Finnländer hin (H. v. Tepper-Lofft) vom Einfrieden Rennen ausgeschlossen. — Blinde Pferde, selbst wenn sie ohne Betten laufen, haben auch nichts auf der Rennbahn zu suchen.

Strohrennen München-Berlin. Herrenfahrer: 1. Dobbard 26. Std. 1 Min. 18 1/2, 2. Galt, 3. Raupert, 4. Hemmig, 5. Orlemig. Berufsfahrer: 1. Gaidort 25 Std. 43 Min. 47 1/2, 2. Ueberger, 3. Rausch, 4. R. Quishe, 5. Rohl, 6. Jander.



